

Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit



Krise in der Elfenbeinküste – Gefährdung für die Zukunft Westafrikas?

Thomas Scheen
Abidjan, 14. 10. 2002

Seit Mitte September ist die Republik Elfenbeinküste Schauplatz einer bewaffneten Auseinandersetzung, deren Hintergründe vielfältig sind. Ob es sich bei den Ereignissen vom 19. September 2002 tatsächlich um einen Putschversuch handelte, wie die Regierung des Sozialisten Laurent Gbagbo und die Mehrzahl der westlichen Botschaften in Abidjan sagen, oder doch „nur“ um eine mit ungeheurerer Brutalität vorgetragene Militärrevolte ohne klar definiertes politisches Ziel, ist mehr als drei Wochen nach den Ereignissen unklarer denn je. Fest steht, dass in den frühen Morgenstunden des 19. September nahezu 90 Ziele in der Wirtschaftsmetropole Abidjan, in Bouaké, der zweitgrößten Stadt des Landes und in Korhogo, der „Kapitale“ des Nordens, nahezu zeitgleich angegriffen wurden. Die schiere Zahl der Ziele spricht für einen von langer Hand vorbereiteten Angriff und damit für die These eines Putschversuchs.

Dagegen allerdings spricht die Art der Ziele. Unter anderem waren die Privathäuser des Innenministers und des Verteidigungsministers angegriffen worden sowie das Haus des Generalstabchefs der ivoirischen Armee. Nimmt man die Annahme, bei den Angriffen handelte es sich um eine Racheaktion desertierter Soldaten und solcher, die alsbald entlassen werden sollen, ernst, machen die Attacken auf die beiden Politiker mit Verfügungsgewalt über Armee, Polizei und Gendarmerie Sinn, zumal die „üblichen Ziele“ eines Putschversuches, die staatlichen Medien und ganz speziell die Rundfunkstationen, unbehelligt blieben.

Es wäre für uns Beobachter hilfreich, wenn sich die Geschehnisse in der Elfenbeinküste lediglich auf diese beide Fragen reduzieren lassen würden. Tatsächlich aber vermischen sich in den Ereignissen der letzten Wochen rein kriminelle Absichten bewaffneter Elemente mit nachvollziehbaren Forderungen einer marginalisierten Volksgruppe des Landes, und internationale Interessen kollidieren mit einer ivoirischen Innenpolitik, die nationalchauvinistische Züge trägt.

Zunächst: Die „Rebellen“, die mittlerweile den ganzen Norden des Landes kontrollieren, sind in ihrer Mehrheit Ivoirer. Es mag den ein oder anderen Söldner

aus den Nachbarstaaten geben, aber deren Zahl dürfte eher gering sein. Maßgebliche Akteure bei der Besetzung des Nordens und den vorangegangenen Angriffen in Abidjan sind ehemalige ivorische Soldaten, die zum unmittelbaren Umfeld des am 19. September getöteten ehemaligen Putschgenerals Robert Guei zählen. Sie hatten als Prätorianergarde zu Guei's Zeiten als Präsident der Elfenbeinküste eine „Armee in der Armee“ gebildet, die sich in bewundernswerter Offenheit „Cosa Nostra“ nannte. Diese jeder Kontrolle entzogenen Einheiten rekrutierten nach eigenem Gutdünken weitere Soldaten, und da die „Chefs“ dieser Gruppe aus dem Norden des Landes kamen, waren die neuen Rekruten ebenfalls überwiegend „Nordisten“. Diesen Leuten edle Motive zu unterstellen, hieße, die Mafia für eine wohltätige Organisation zu halten. Doch die nach wie vor unbeantwortete Frage ist, wer sich dieser Berufskrieger bedient, um die gegenwärtige Regierung die Elfenbeinküste zu stürzen.

Zum Bruch zwischen dieser Garde und dem General kam es im August 2000, als Guei, der gewählter Präsident werden wollte, per Referendum ein Gesetz erließ, dass die Herkunft möglicher Präsidentschaftskandidaten regeln sollte und das nach allgemeiner Auffassung nur dazu diente, den im Norden populären Oppositionspolitiker Alassane Ouattara an einer Kandidatur für die bevorstehenden Wahlen zu hindern. Die Ouattaras Partei RDR (Rassemblement des républicains) nahestehende Prätorianergarde um den ehemaligen Unteroffizier Ibrahim Coulibaly (genannt „IB“) probte den Aufstand und griff Guei's Haus an. Der General überlebte und seine ehemaligen Putschgenossen flohen ins Ausland, die meisten nach Burkina Faso. Es sind genau diese Leute, die jetzt Korhogo und Bouaké besetzt halten und nach ivorischen Erkenntnissen auch für den Putschversuch vom Januar 2001 verantwortlich sind. Der Sprecher der Aufständischen in Bouaké, Tuho Fozié, wurde deswegen in der Elfenbeinküste in Abwesenheit zu 20 Jahren Gefängnis wegen Gefährdung der Staatssicherheit, Mord und Mordversuch verurteilt. Unbestreitbar genießen die Aufständischen im muslimischen Norden des Landes Sympathien, was wiederum mit einer innenpolitischen Haltung der Regierung Gbagbo zu tun hat, die als national-chauvinistisch zu bezeichnen ist und die als „Ivoirité“ mittlerweile traurige Berühmtheit erlangt hat. Die „Ivoirité“ war 1995 vom damaligen Präsidenten Bédié erfunden worden, um im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen den ärgsten Widersacher, nämlich Ouattara, kaltzustellen. Ouattaras Biographie und seine „nationale Herkunft“ waren umstritten, weil er beim Internationalen Währungsfond für Burkina Faso tätig gewesen war. Nach dem Sturz Bédiés beim sogenannten „Weihnachtsputsch“ 1999 durch Guei erhielt das Konzept der Ivoirité erneut Virulenz, als die „zweite Republik“ sich eine Verfassung gab, in der die Voraussetzungen für die Wählbarkeit eines Präsidentschaftskandidaten festgelegt wurden. Demnach durfte nur derjenige kandidieren, der nachweislich von ivorischen Vater und ivorischer Mutter abstammt. Eine abgeschwächte Variante, der zufolge ein ivorisches Elternteil für eine Zulassung ausreichte, konnte sich damals nach Druck der an der Übergangsregierung beteiligten Gbagbo-Partei FPI (Front populaire ivoirien), nicht durchsetzen. Dass bei gleicher Gelegenheit die familiär wie kulturell eng mit den Nachbarländern Burkina Faso und Mali verwobenen muslimischen Ethnien im Norden der Elfenbeinküste zu Bürgern zweiter Klasse degradiert wurden, schien im Abidjaner Machtpoker billigend in Kauf genommen zu werden.

Die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2000 endeten in Straßenschlachten, weil sich Putschgeneral Guei per Staatsstreich an der Macht halten wollte und erst durch einen Volksaufstand vertrieben werden konnte. Laurent Gbagbo wurde Präsident, doch kaum im Amt, reklamierten die Anhänger der Ouattara-Partei RDR Neuwahlen. Das Ergebnis waren wieder Straßenschlachten mit einigen hundert Toten, schwere Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte

und das „Massaker von Youpogon“, bei dem mehr als 50 Menschen mutmaßlich von der Gendarmerie getötet worden waren. Der Prozess gegen die vermeintlichen Täter endete mit Freispruch aus Mangel an Beweisen.

Die offensichtliche Straflosigkeit für Sicherheitskräfte und die fortgesetzten Schikanen gegen Ausländer und solche, die dem Namen nach aus Burkina Faso stammen könnten, in Wahrheit aber Ivorer aus den Nordregionen sind, hat im Norden zu einer Distanzierung von dieser Regierung geführt, die nicht als eine „einigende“, sondern als eine „polarisierende“ empfunden wird. Die Aufständischen spielen in den von ihnen besetzten Nordregionen geschickt auf diesem Instrument. Die Bevölkerung in Korhogo beispielsweise stellt staunend fest, dass sie es nunmehr mit einer Rebellen-Armee zu tun hat, die entgegen üblicher Erfahrungen mit Uniformierten nicht plündert. Entsprechend wohlwollend wird deshalb auch die Forderung der Aufständischen aufgenommen, Gbagbo solle zurücktreten, damit sich „alle Ivorer wieder miteinander versöhnen“. Wie lange diese wohldurchdachte Strategie der Aufständischen, sich nicht an Zivilisten zu vergreifen, aufrechterhalten bleibt, sei dahingestellt.

International erhält dieser Konflikt eine geradezu dramatische Bedeutung, führt man sich vor Augen, dass offiziell 28 Prozent der ivorischen Bevölkerung, inoffiziell sogar 40 Prozent Ausländer sind. Die mit dem Konzept der Ivoirité einhergehende Fremdenfeindlichkeit und die Behauptung, Ouattara sei ein „Mossi“ (abfällige Bezeichnung für Burkiner) hat die auf drei Millionen geschätzte Gruppe der burkinischen Immigranten zu klassischen Sündenböcken gemacht. Natürlich ließe sich zugunsten der Regierung einwenden, dass sich das Land mit dem höchsten Ausländeranteil der Welt ein Einwanderungsgesetz geben muss. Und der Versuch, über die neue Passgesetzgebung zumindest herauszufinden, wie viele Ausländer tatsächlich im Land leben, ist legitim. Das rechtfertigt aber nicht die von den Sicherheitskräften in aller Ruhe begangenen, täglichen Übergriffe auf alles, was nach Ausland aussieht. Dabei ist die Kultur der Straflosigkeit innerhalb der Sicherheitskräfte eine direkte Folge des Putsches von 1999, bei dem schlecht bezahlte Soldaten feststellten, dass sie mit Gewalt die Dinge zu ihren Gunsten verändern können. Umgekehrt verhält es sich so, dass die Gendarmerie, die Gbagbo unterstützte und maßgeblichen Anteil an der Vertreibung Guei's im Oktober 2000 hatte, aus diesem Schulterschluss mit der FPI eine Verpflichtung der Regierung ableitet, ihren Angehörigen alle Fehler nachzusehen. Dagegen nicht ernsthaft ein-zuschreiten, zeigt, wie schwach die Regierung tatsächlich ist.

Das von zahllosen Appellen an die afrikanische Kultur des Palavers begleitete „Versöhnungsforum“ 2001, zu dem alle politisch und gesellschaftliche relevante Gruppen des Landes eingeladen waren, muss in der Rückschau als vergebliche Mühe zur Aussöhnung gesehen werden. Denn die für eine dauerhafte Versöhnung zwischen Norden und Süden entscheidende Frage, ob Ouattara nun Ivorer ist oder nicht, wurde anlässlich des Forums zwar eindeutig bejaht. Trotzdem erhielt der Oppositionspolitiker keinen Pass. Es dauerte ein weiteres Jahr und bedurfte der massiven Einflussnahme europäischer Emissäre, bis Ouattara im Sommer dieses Jahres endlich seine ivorische Identitätskarte erhielt. Die Reaktion Gbagbos darauf („die Anerkennung der Nationalität hat in diesem Land ein Verfallsdatum von drei Monaten“) ließ an seinem bis dahin zur Schau gestellten Willen zur Versöhnung erhebliche Zweifel entstehen.

Immerhin: Die „Regierung der Öffnung“, an der neben der früheren Einheitspartei PDCI (Partie démocratique de Côte d'Ivoire) auch die RDR und die Guei?-Partei UDPCI (Union pour la démocratie et la paix en Côte d'Ivoire) beteiligt waren, schien gleichwohl der entscheidende Schritt hin zu einer wirklichen Aussöhnung zu sein. Vordergründig jedenfalls. Denn kaum hatte sich die neue Regierung konstituiert, provozierten die FPI-Abgeordneten erneut die Muslime, als sie im

Parlament christliche Gebetsstunden einführen wollten. Der Reflex, sich als Opfer einer „Überfremdung“ durch die Sahel-Völker zu sehen, ist bei vielen FPI-Kadern offenbar nicht auszuschalten.

Die Krise in der Elfenbeinküste ist umso dramatischer, als die Côte d'Ivoire der wirtschaftliche Motor der gesamten Region ist. 40 Prozent des Bruttosozialproduktes der westafrikanischen Währungsunion werden in der Elfenbeinküste erwirtschaftet. „Hat die Elfenbeinküste Schnupfen, bekommen wir Lungenentzündung“, ist etwa im Nachbarland Burkina Faso eine vielzitierte Wahrheit. Und sollte es tatsächlich angesichts der nach wie vor zahllosen Übergriffe auf Ausländer speziell in Abidjan zu einer massiven Rückkehr der Burkiner nach Burkina Faso kommen, wären beide Länder Verlierer. Die Elfenbeinküste würde die dringend benötigten Erntearbeiter in den Kakaopflanzungen verlieren, Burkina Faso sähe sich neben dem finanziellen Verlust durch die ausbleibenden Auslandsüberweisungen aus Côte d'Ivoire mit einer Arbeitslosigkeit konfrontiert, die geeignet wäre, das Regime des Präsidenten Blaise Compaoré zu destabilisieren.

Ob Compaoré, der für seine risikofreudige Außenpolitik bekannt ist, angesichts des drohenden Desasters tatsächlich die Aufständischen unterstützt, um eine ihm gesonnene Regierung in

Abidjan zu installieren, scheint auf den ersten Blick abwegig, weil langfristig selbstmörderisch. Tatsache aber ist, dass die maßgeblichen Akteure unter den Rebellen in Ouagadougou Unterschlupf fanden und sich dort wohl auch organisierten. Daraus folgern zwei Schlüsse: Entweder sind die burkinischen Behörden unfähig, eine Konspiration größeren Ausmaßes aufzudecken, was angesichts ihrer als effizient bekannten Sicherheitsdienste eine naive Annahme wäre. Oder aber, die Regierung Gbagbo ist tatsächlich Opfer einer „konzertierten Aktion“ geworden, bei der sich ivorische Geschäftsleute aus dem Norden mit Deserteuren und „interessierten Kreisen“ in den Nachbarländern zusammentaten, und deren Fäden vielleicht nicht bei der burkinischen Regierung, wohl aber auf burkinischem Territorium zusammenlaufen. Doch solange sich die Hintermänner des Angriffes nicht zu erkennen geben, bleibt auch dies reine Spekulation.

Wie diese für Westafrika existenzbedrohenden Krise zu lösen ist, darauf gibt es zur Zeit keine Antwort. Hoffen lässt allerdings die prompte Reaktion der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (Ecowas), die eine Vermittlergruppe in die Elfenbeinküste schickte und wohl auch zur Entsendung einer „Friedenstruppe“ bereit ist. Doch damit würde lediglich ein militärisches Problem gelöst, nicht das politische, das sich dahinter verbirgt. In diesem Konflikt geht es neben ethnischen Diskriminierungen und handfesten machtpolitischen Positionen auch darum, nicht das Gesicht zu verlieren. Eine verbindliche Zusage der Regierung Gbagbo, dass Ouattara an den Präsidentschaftswahlen 2005 teilnehmen darf, könnte helfen, diesen Brand auszutreten.

Zum Autor:

Thomas Scheen ist Afrika-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Ansprechpartner:

Axel Schmidt

Tel. 0228-883592, Mail: Axel.Schmidt@fes.de

Sabine Matambalya

Tel. 0228-883577, Mail: Sabine.Matambalya@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Afrika
Godesberger Allee 149, 53170 Bonn
Fax: 0228-883623